

Gute Geschäfte für Pflegevermittlung

Vermittlungsagenturen sollen 24-Stunden-Betreuende und Pflegebedürftige zusammenbringen. Nicht immer sind die Bedingungen und die Verträge für alle Seiten günstig.

Jakob Pallinger

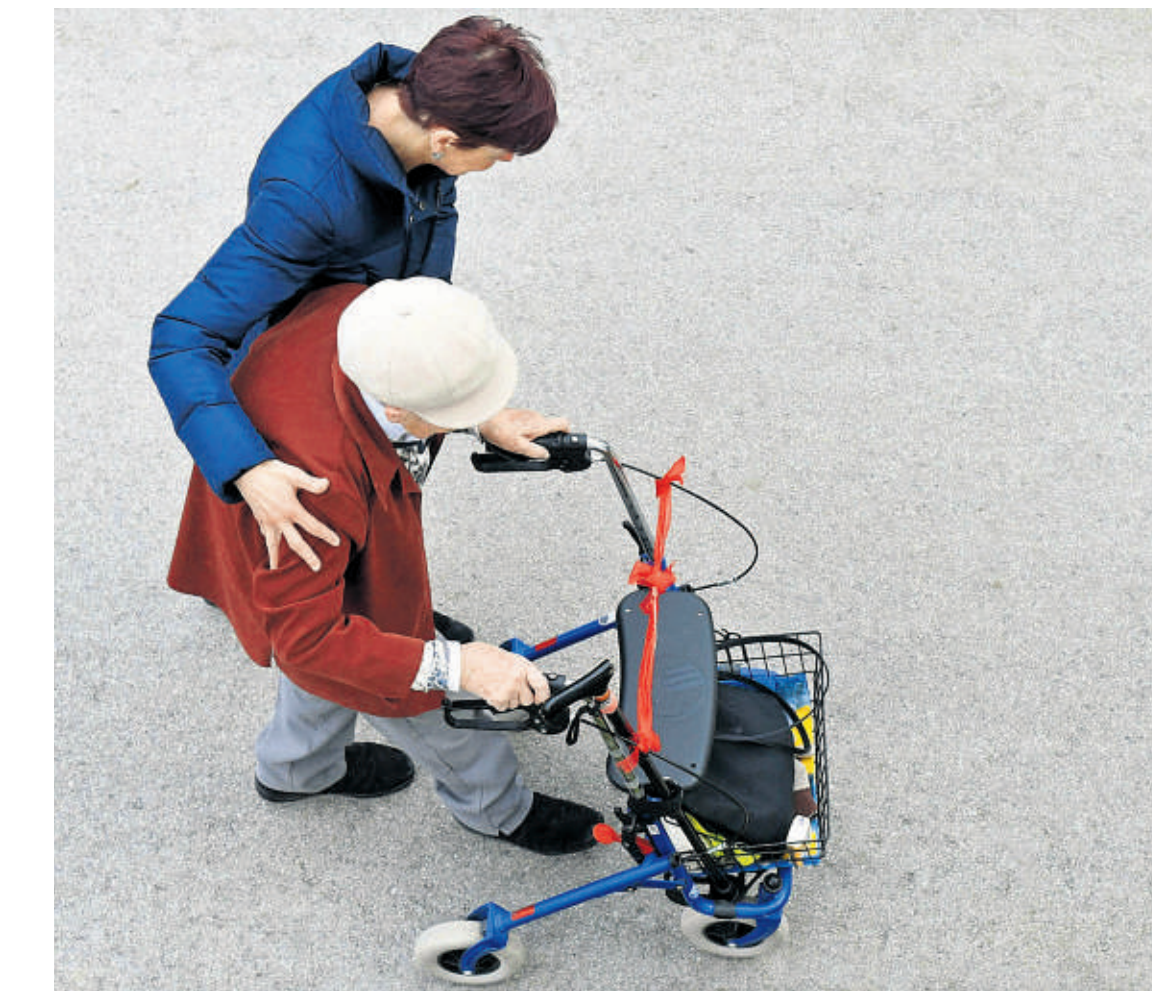
Es ist eine eingespielte Routine: Am Vormittag richtet Jana Borzova das Frühstück für ihre Klientin her, gegen 14 Uhr gibt es Mittagessen, am Nachmittag dann einen Spaziergang und einen Besuch beim Physiotherapeuten. „Wir reden viel zusammen und dokumentieren den Alltag – das ist das Um und Auf“, sagt sie. Borzova hat schulterlanges schwarzes Haar, orange lackierte Nägel und trägt ein weiß-braun gestreiftes T-Shirt zu grauer Hose.

In ihrer Arbeit ist sie eingespielt wie kaum eine andere: Seit mehr als sieben Jahren betreut die gebürtige Slowakin pflegebedürftige ältere Menschen, hilft ihnen im Alltag und wohnt dafür rund um die Uhr mit ihnen zusammen. Borzova gehört damit zur Gruppe der sogenannten 24-Stunden-Betreuenden. Insgesamt gibt es in Österreich rund 63.000 aktive Personenbetreuerinnen und -betreuer, mit 42 Prozent stammen die meisten aus Rumänien, gefolgt von der Slowakei und Ungarn. Ihnen stehen laut Sozialministerium rund 24.600 Personen gegenüber, die eine Förderung für eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung beziehen.

Nicht immer finden jedoch Betreuende und pflegebedürftige Personen auf direktem Weg zusammen, weshalb die Vermittlung in den meisten Fällen von Agenturen übernommen wird. 769 aktive Vermittlungsagenturen gibt es derzeit in Österreich, darunter die Caritas, das Hilfswerk und die Volkshilfe, aber auch viele kleinere, unbekanntere Agenturen. Diese kooperieren in den meisten Fällen mit Partnerfirmen in osteuropäischen Ländern wie Bulgarien, Polen und Rumänien, um dort Personal zu rekrutieren, das dann nach Österreich geschickt wird.

Teurer Transport

Auch Borzova ist über eine Agentur in der Slowakei zur Betreuerin geworden. In der Slowakei absolvierte sie eine dreijährige Ausbildung zur Freizeitpädagogin und zwei Pflegekurse und lernte ein wenig Deutsch, bevor sie nach Österreich kam. Generell gilt die Personenbetreuung als Laienberuf, das bedeutet, dass keine besondere Ausbildung nötig ist, um ihn auszuüben. Mit den Agenturen hat Borzova nicht nur gute Erfahrungen gemacht: „Viele müssen sich ein Taxi nehmen, um über die Grenze zu kommen, das von den Agenturen bereitgestellt wird und meist höhere Tarife verlangt als normale Taxis“, sagt Borzova. Da viele Agenturen kein Büro in Österreich haben, sei es als Betreuerin meist schwierig,



Spaziergehen gehört ebenso zur 24-Stunden-Betreuung wie Kochen, Putzen oder Reden. Die Betreuer sind offiziell selbstständig, in der Praxis jedoch häufig von Vermittlungsagenturen abhängig.

mit diesen in Kontakt zu treten und Hilfe zu bekommen.

Borzova hat noch ein anderes Problem: Seit mehr als zwei Monaten wartet sie auf ihr Gehalt, 1100 Euro sollte sie im Monat bekommen. Sie braucht das Geld dringend, um es ihrer Mutter in der Slowakei zu schicken; von der Agentur hieß es, sie sollte das Geld schon bekommen haben. Immer wieder gibt es laut Borzova allerdings Probleme bei der Vermittlung zwischen dem Sachwalter ihrer Klientin und der Agentur.

Borzova ist mit ihren Problemen kein Einzelfall. Niemand weiß das besser als Katharina Staronova: Staronova kam 2011 als Betreuerin nach Österreich und kümmerte sich in Wien um eine demenzkranke Frau. „Ich war mit den Betreuungsanforderungen überfordert, bin praktisch über Nacht zur Unternehmerin geworden“, erzählt die Slowakin heute. Weil sie immer wieder Betreuerinnen um Hilfe baten, gründete sie 2015 das Institut für Personenbetreuung als Anlaufstelle für Betreuerinnen. „Wenn Betreuerinnen das Land nicht kennen, ist es für sie sehr schwierig, ohne Agentur Fuß

BRENNPUNKT PFLEGE

zu fassen“, meint Staronova. Allerdings ergäben sich vor allem bei den Verträgen oft Probleme, weil den Betreuerinnen vielfach nicht bewusst sei, auf welche Bedingungen sie sich einlassen.

Tatsächlich gibt es in den Verträgen einige Tücken, bestätigt Ulrike Docekal, Juristin beim Verein für Konsumenteninformation. Bei sogenannten Inkasso-Vollmachten behält sich die Agentur das Recht vor, neben der Vermittlungsgebühr auch den Werklohn der Betreuerin zu kassieren.



Katharina Staronova setzt sich in Wien für die Rechte von Betreuerinnen ein und berät bei Verträgen.

Foto: Jakob Pallinger

Ist die Agentur mit einer weiteren Agentur im Ausland verbunden, schneidet auch diese mit – das Geld kann durch drei Länder wandern, bevor es bei der Betreuerin ankommt. Für die Klienten bestehe wenig Transparenz darüber, was die Agentur mit dem Geld macht und wie viel letztendlich bei dieser ankomme, so Docekal.

Wildwuchs bei Verträgen

Auch sogenannte Konkurrenzklauseln seien problematisch: Kündigen Klienten den Vertrag mit der Vermittlungsagentur, dürfen sie die Betreuerinnen auf unbegrenzte Zeit nicht mehr beschäftigen. Das gelte in manchen Fällen sogar dann, wenn die Agentur für das Vertragsende verantwortlich ist.

Um den Wildwuchs bei den Verträgen zu beenden, hat die Wirtschaftskammer bereits vor einigen Jahren einen Mustervertrag entwickelt, den Vermittlungsagenturen verwenden sollen. Dieser komme jedoch nicht immer zum Einsatz, eine Kontrolle darüber, welche Agenturen auf diesen Vertrag zurückgreifen, gebe es nicht, kritisiert Staronova.

Auch der Rechnungshof kritisierte kürzlich die intransparenten Preise bei der Vermittlung, den häufigen Wechsel von Betreuenden und die sogenannten Knebelungsverträge. Bei den Betreuungskräften seien die Sprachkenntnisse und Qualifikationen in vielen Fällen mangelhaft, Betreuer würden teilweise für Tätigkeiten eingesetzt, die ausgebildete Pflegekräfte übernehmen müssten. Zehn Vermittlungsagenturen seien zwischen 2013 und 2015 wegen unzulässiger Vertragsklauseln abgemahnt oder von Verbänden geklagt worden.

Gütesiegel für Agenturen

Eine gängige Praxis ist laut Staronova, dass Agenturen Familien Betreuer mit guten Deutschkenntnissen versprechen und dann jene vermitteln, die nicht gut Deutsch können. Die Familien würden so häufiger die Betreuer wechseln, während die Agentur Provision für die Vermittlung einstreife. Umgekehrt gebe es viele Fälle, in denen Betreuungskräfte von den Agenturen pflegeleichte Fälle versprochen werden, nur um dann mit körperlich oder geistig schwer beeinträchtigten Klienten überfordert zu werden.

Laut Wirtschaftskammer müssen die Agenturen seit 2016 das Gewerbe „Organisation von Personenbetreuung“ anmelden und sind daher den jeweiligen Regeln unterworfen. Allerdings werden diese Vorschriften nicht immer kontrolliert, kritisiert der Rechnungshof. Er fordert ein Gütesiegel für Vermittlungsagenturen.

Tatsächlich sind diese Gütesiegel schon seit einiger Zeit in Arbeit. Die Idee dahinter: Eine externe und neutrale Zertifizierungsstelle soll die Qualifikation der Betreuerinnen und die Kostentransparenz prüfen und den Klienten somit bessere Informationen zu den Agenturen liefern. Ursprünglich sollte der Zertifizierungsprozess Anfang des Jahres starten, bisher ist wenig geschehen. Von der Wirtschaftskammer heißt es, man habe den Entwurf an das Sozialministerium weitergegeben. Dort sagt man, man sei noch auf der Suche nach den geeigneten Zertifizierungsstellen. Bis Ende des Jahres sollen die Gütesiegel dann jedenfalls stehen.

Borzova bezweifelt, dass sich für sie dadurch viel ändern wird. Nachdem sie wieder zwei Wochen ihre Klientin in Wien betreut hat, ist sie zurück in ihre Heimatstadt Košice gefahren. Urlaub ist das für sie keiner, sagt sie. „Die Rechnungen bleiben dir auch nach der Arbeit im Kopf.“

Eine Alternative zum Eurofighter käme das Bundesheer teuer zu stehen

Expertenkommission kommt zu keinem eindeutigen Schluss, wie es mit Luftraumüberwachung weitergehen soll

Wien – Sechs Varianten hat die von Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) eingesetzte Evaluierungskommission zur Zukunft der Luftraumüberwachung geprüft, zwei davon wurden als engere Wahl vorgeschlagen. Was die von Generalleutnant Norbert Gehart geleitete Arbeitsgruppe allerdings nicht geben konnte, ist eine eindeutige Handlungsanweisung.

Klar ist nur, dass es mit dem Eurofighter so wie bisher nicht weitergeht: Zwar hat die österreichische Miniflotte von 15 Kampfflugzeugen einen im internationalen Vergleich hohen Klarstand – aber für diesen ist ein hoher Preis zu zahlen. Rund 100 Millionen

Euro betragen die Betriebskosten, dabei fehlen den 2007 vom damaligen Minister Norbert Darabos (SPÖ) in einer abgespeckten Version bestellten Fluggeräten wesentliche Komponenten wie die Nachtsichtfähigkeit.

Eine Möglichkeit wäre, die Eurofighter nachzurüsten und (wie ursprünglich geplant) noch 30 Jahre im Dienst zu belassen. Im Lauf der Jahre würde das zwischen viereinhalb und fünf Milliarden Euro kosten – in diesen Life-Cycle-Costs bis zum Jahr 2049 ist allerdings der bereits bezahlte Kaufpreis enthalten. Die Nachrüstungen wären jedoch umfangreich: Das beginnt beim neuen

Helm Striker, mit dem der Pilot auch bei Nacht andere Flugzeuge identifizieren kann, führt über die Anschaffung des Selbstverteidigungssystems Dass sowie den Kauf einer weitreichenden radar-gesteuerten Lenkwaffe (etwa der Meteor) und endet bei der Anschaffung eines neuen Trainingsflugzeugs. Ob der laufende Betrieb dadurch wirklich billiger wird, ist nicht eindeutig zu beantworten.

BAE Systems hat dazu das Modernisierungs- und Kostendämpfungsprogramm Tytan (Typhoon Total Availability Enterprise) angeboten – in diesem Programm wäre auch die Beschaffung des Trainers Hawk enthalten. Man

rechnet, dass zehn Stück Hawk die auszumusternden Saab 105 ersetzen würden, die Flugzeuge würden rund 390 Millionen Pfund (439 Millionen Euro) kosten. Weitere Angebote gibt es aus Italien (Zusammenarbeit mit der italienischen Luftwaffe und Beschaffung der Aermacchi 346 von Leonardo) sowie vom deutschen Hersteller, also Airbus.

Die Alternative wäre die Beschaffung eines neuen Flugzeugs. Der Gripen, bei der Typenentscheidung 2002 wegen des zu hohen Kaufpreises für einen einstrahligen Flieger ausgeschieden, dürfte tatsächlich wieder im Rennen sein.

Ähnlich ist es mit der amerikanischen F-16 von Lockheed-Martin. In die Slowakei werden demnächst 14 neue F-16 des modernsten Blocks 70/72 geliefert, was rund zwei Milliarden Euro kosten wird. Ein Preis, der auch für eine österreichische Neubeschaffung als realistisch gilt.

Dazu käme wohl auch bei einer Neubeschaffung eines Überschalljägers der Kauf eines billigeren Unterschalltrainers, der nicht nur zur Ausbildung, sondern auch (wie derzeit die altersschwache Saab 105) für etliche Aufgaben der Luftraumüberwachung herangezogen werden könnte. (cs)

Kommentar Seite 28